

Vorlage-Nr. 101.16.1276

### **Jobcenter**

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich schnellstmöglich sowohl über den Deutschen Städtetag wie auch direkt bei den Akteuren auf Bundesebene für eine verlässliche Perspektive für die Jobcenter einzusetzen.

Der zwischen dem Bundesarbeitsministerium und allen 16 Bundesländern gefundene Kompromiss zur Änderung des Grundgesetzes, als auch der Gesetzentwurf für eine Ausgestaltung der Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften muss weiterverfolgt und beschlossen werden.

Dabei ist

- das Prinzip der Leistungsgewährung aus einer Hand
- die Sicherung von kommunalem Einfluss
- die Kontinuität bei der Leistungsgewährung und Förderung im SGB II sicher zu stellen.

### **Begründung:**

Der zwischen den Bundesländern und dem zuständigen Bundesarbeitsministerium ausgehandelte Kompromiss scheint gescheitert. Sollte eine Neuorganisation der Jobcenter durch die vereinbarte Verfassungsänderung zur Absicherung der Zusammenarbeit von Kommunen und Arbeitsagenturen in den Jobcentern nicht gelingen droht ein „Zurück“ zur getrennten Trägerschaft. Das bedeutet das Ende der bewährten „Hilfe aus einer Hand“ für die Hilfe- und Arbeitssuchenden. Die Fristverlängerung für die Arbeitsförderung Kassel bis Ende 2010 ist keine dauerhafte Perspektive. Zitat aus dem AfK-Bericht 2008 vom März 2009: „Die ungewissen beruflichen Perspektiven führen zu einer gesteigerten Verunsicherung

der Mitarbeiter und einer verstärkten Fluktuation. Es gelingt zunehmend erschwert einen konstanten, qualifizierten Personalkörper vorzuhalten.“

Die Beschäftigten der AfK brauchen eine klare und langfristige berufliche Perspektive.

Die Arbeitssuchenden und Leistungsempfänger in Kassel brauchen Unterstützung durch ein stabiles, verlässliches Hilfesystem.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schöberl

Uwe Frankenberger, MdL  
Fraktionsvorsitzender SPD

Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender CDU

Karin Müller, MdL  
Fraktionsvorsitzende  
B90/Grüne

Frank Oberbrunner  
Fraktionsvorsitzender FDP